

Es braucht kein gesetzliches Handyverbot für Schulen

DANIEL GERNY

Tiktok und Instagram funktionieren wie Salzgebäck oder Gummibärchen: Beginnt man einmal zu knabbern, ist es unheimlich schwierig, damit aufzuhören. Jeder, der sich ab und zu auf Social Media bewegt, kennt das: Man schaut sich ein Video an, noch eines und ein allerletztes – und schon ist die Zugfahrt zu Ende. Auf dem Bildschirm ist eben immer etwas los.

An Schulen wird dieses Verhalten zu einem ernsthaften Problem. Schülerinnen und Schüler kleben selbst in den Schulstunden am Bildschirm. Und statt in der Pause mit Kolleginnen und Kollegen zu plaudern oder Fussball zu spielen, wird gepostet und gegammt. Das Smartphone sei in der Schule viel zu präsent, sagte der Walliser Bildungsdirektor Christophe Darbellay kürzlich.

Verschiedene Kantone haben deshalb vor den Sommerferien gesetzliche Verbote für Smartphones an der Schule beschlossen oder angekündigt. In Nidwalden und im Aargau treten solche Verbote mit dem Ende der Sommerferien in Kraft. In anderen Kantonen wird auf parlamentarischer Ebene über das Thema gestritten. Auf Bundesebene arbeitet der Bundesrat an einem Bericht, der zeigen soll, ob Jugendlichen unter 16 Jahren der Zugang zu Social-Media-Plattformen verboten wer-

den soll. Die Debatte dürfte in den kommenden Wochen und Monaten also lauter werden.

Tatsächlich hat das Smartphone in der Mathe- oder der Französischstunde meistens wenig bis nichts zu suchen – das ist keine besonders bahnbrechende Erkenntnis. Dabei geht es um mehr als um Anstand und Disziplin: Das Smartphone ist ein Zeitfresser und ein Aufmerksamkeitskiller. Es stört den Lernfluss, beeinträchtigt die Konzentration und verändert das Sozialverhalten. Aus inhaltlicher Sicht gibt es deshalb keine Argumente gegen eine Regulierung oder gar ein Verbot von Gadgets im Schulbetrieb. Erfahrungen zeigen beispielsweise, dass Pausen wieder lebendiger werden, wenn Handys abgegeben werden müssen.

Zweifel sind allerdings angebracht, ob die Kantone und der Bund die richtigen Akteure sind, um die Sache in den Griff zu bekommen. Smartphones und Social Media sind ja nicht einfach nur ein Übel. Sie sind eine Realität, mit der die Jugendlichen im Alltag und später im Berufsleben konfrontiert werden. Sie bringen neben Gefahren und Ärgernissen auch Nutzen und Unterhaltung. Kurz: Der sinnvolle Umgang mit dem Smartphone ist anspruchsvoll, die Abgrenzung vom dauernden Nachrichtenfluss ist erst recht schwierig. Das muss erlernt sein. Generelle Verbote aus den Rathäusern, die noch dazu

Generelle Verbote
aus den Rathäusern,
die noch dazu eher politisch
als pädagogisch motiviert sind,
eignen sich nicht
für den Umgang
mit neuen Technologien.

eher politisch als pädagogisch motiviert sind, eignen sich deshalb nicht für den Umgang mit neuen Technologien. Genau diese Erfahrung hat man bereits zur Blütezeit der Videotheken in den 1990er Jahren gemacht: Das damals eilig gezimmerte Gewaltdarstellungs- und das Pornografieverbot vermochten den Zugang von Minderjährigen zu problematischen Inhalten kaum einzuschränken. Sie sind im Bildungsbereich praktisch bedeutungslos geblieben.

Die Durchsetzung von Handyverboten wäre ohnehin Sache der Schulen und der Lehrpersonen – wer soll es auch sonst tun? Gelingt es ihnen nicht, zu verhindern, dass Schülerinnen und Schüler zu viel Zeit am Bildschirm verlieren, nützen die strengsten Gesetze nichts. Sie dienen bestenfalls als Schützenhilfe für Schulleitungen, denen die Autorität fehlt, um die Notwendigkeit von Smartphone-Regeln selber zu vermitteln. Schon heute klagen Schulleitungen und Lehrpersonen über einen Verlust an Autonomie und Autorität. Eine Verlagerung von Alltagsvorschriften auf Gesetzesstufe würde diese Tendenz verstärken. Das gilt im Übrigen ebenso für die Wahrnehmung der Schülerinnen und Schüler: Auch sie müssen die Erfahrung machen, dass es Regeln und Umgangsformen gibt, die verbindlich sind – auch wenn sie weder eine Regierung noch ein Parlament beschlossen haben.